

4609 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für Verfassung und Föderalismus

über den Beschluß des Nationalrates vom 9. Juli 1993 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz (BDG-Novelle 1993), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, das Richterdienstgesetz, das Pensionsgesetz 1965, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, das Nebengebühreuzulagengesetz und das Bundesfinanzgesetz 1993 geändert werden

Der vorliegende Gesetzesbeschluß sieht eine Reihe von dienst- und besoldungsrechtlichen Regelungen vor, so u.a. durch eine stärkere Berücksichtigung der gewerblichen Ausbildungsgänge als Ernennungserfordernisse, um Anreize für den Eintritt in den Bundesdienst zu schaffen, die Öffnung der Verwendungsgruppe B für Hochschulabsolventen ohne Reifeprüfung und auch im Bereich des Besoldungsrechts der Richter und Staatsanwälte, welche insbesondere einer Änderung der Kompetenzen zwischen den Gerichten Rechnung tragen sollen.

Der Ausschuß für Verfassung und Föderalismus stellt nach Beratung der Vorlage am 12. Juli 1993 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Wien, 1993 07 12

Dr. Michael S p i n d e l e g g e r
Berichterstatter

Stefan P r ä h a u s e r
Stv.Vorsitzender